

Der Mahnruf

Kampfbblatt der Werktätigen

Der „Mahnruf“ erscheint wöchentlich. Redaktion und Verwaltung: Graz, Elisabethengasse Nr. 20. Sprechstunden: täglich von 17 bis 19 Uhr. — Wiener Redaktion: Wien, XVIII., Sincergasse Nr. 24. Sprechstunden: Jeden Mittwoch von 6—10 Uhr abends Caféhaus Rindlacher, IX., Lazarettgasse 12. — Einzelne Artikel müssen mit Name und Adresse gefertigt sein.

Graz Wien
März 1929
Nr. 11 3. Jahrg.

Bezugspreis: Im Vorausabonnement mit Postzusendung von jebe Nummer mit 12 Groschen berechnet, im Straßenverkauf mit 15 Groschen. Das Vierteljahresabonnement mit Postzusendung beträgt S 1.40. Vierteljährliche Bezugsgebühr für Deutschland Mk. 80. Die Bezugspreise sind im vorhin zu entnehmen. — Postsparkassen-Konto Nr. 49371.

Das Los der Frauen, die arbeitslos sind und keiner Krankenkasse angehören, nach der Entbindung.

Eine junge Mutter bricht vor Unterernährung fünfmal in kurzer Zeit auf der Straße zusammen.

Wohl zwingt der § 144, den vor allem die Christlichsozialen nicht beseitigen lassen, die Frauen des Proletariats (für die Reichen erstickt er nicht), Kinder auf die Welt zu bringen. Ob die Mutter das Kind erhalten kann oder ob Mutter und Kind zum Verhungern verurteilt sind, das aber ist der bürgerlichen Gesellschaftsordnung egal.

Eine Arbeitslose stürzte vor wenigen Tagen im Arbeitslosenheim zusammen und wurde mit dem Rettungswagen ins Krankenhaus geföhrt. Wir erfuhren Näheres über den Fall:

Die Betreffende hatte vor zwei Monaten entbunden. Der Vater ist unbekanntem Aufenthaltsort im Ausland. Als das Kind da war, fing die Misere an. Arzt und Mütterberatung gaben den dringenden Rat, das Kind selbst zu stillen. Das geschieht.

Aber die Mutter hat nichts zu essen, da sie arbeitslos ist, nur 10 Schill. wöchentlich Arbeitslosenunterstützung bekommt und keinen Anspruch auf Krankenunterstützung mehr hat, somit auch keine Stillprämie erhält.

Die 10 Schilling gehen auf Miete, Seife und Wäsche allein auf. Die Mutter muß hungern — fünfmal brach sie vor Schwäche auf der Straße und im Arbeitslosenheim zusammen. Der Arznenarzt, den sie aufsuchte, sagte: „Ihr Leiden kann ich nicht heilen!“ Weil nichts anderes fehlt — als Geld zur anständigen Ernährung.

Im Arbeitslosenheim sagte die Schalterbeamtin zur Betreffenden, als sie sah, daß dieselbe vor Schwäche nicht mehr stehen konnte: „Sie sind ja nicht mehr vermittlungsfähig, da werden wir Ihnen die Unterstützung einstellen müssen!“

Gezwungen durch den Zuchthausparagrafen 144 brachte die Proletarierfrau das Kind zur Welt und legt, wo sie bei der niederen Arbeitslosenunterstützung zugrundegeht, wo sie kaum mehr stehen kann, droht man ihr die Arbeitslosenunterstützung auch noch zu entziehen. Das ist bürgerliche Gesellschaftsordnung!

Die Gemeinde müßte hier eingreifen, um das Los der Arbeiterfrauen, die keiner Krankenkasse angehören, nach der Entbindung zu erleichtern. Eine Mütterfürsorge ist bei der Gemeinde einzurichten, um jenen Müttern des Proletariats, die keiner Krankenkasse angehören oder aus der Krankenversicherung durch lange Arbeitslosigkeit schon ausgeschlossen sind, durch Stillprämien aus Gemeindegeldern und durch Lebensmittelhilfen die Möglichkeit zu geben, sich etwas besser zu ernähren, damit wir es nicht wieder erleben müssen, daß eine Mutter vor Hunger auf der Straße zusammenbricht.

Das Geld dafür wäre vorhanden, aber Vertreter, die sich dafür einsetzten, gab es keine im Gemeinderat. Daran sollen die Frauen denken, wenn sie am 21. April den Gemeinderat wieder auf fünf Jahre wählen.

Genossen und Genossinnen stellt euch für die Wahlarbeit zur Verfügung!

Alle Nicht-Parteimitglieder, die bereit sind, und sei es auch nur für eine Stunde in der Woche, an der Wahlarbeit mitzuhelfen, ob nun als Wahlzeugen oder zur Flugzettelverteilung oder zur Stimmentzettelteilung oder zum Verfallungsbeitrag.

Sollen jeden Montag um halb 8 Uhr abends in die

Verwaltung des „Mahnruf“, Elisabethengasse 20, kommen. Die Parteimitglieder, die in Arbeit stehen, kommen ebenfalls jeden Montag dorthin. Die arbeitslosen Genossen und Genossinnen sollen sich womöglich jeden Tag, u. am. ab 4 Uhr nachm., schon für Wahlarbeiten zur Verfügung stellen.

3 Arten von Wahlfondsammlungen.

Groschenweise wird bei uns der Wahlfond gesammelt. Die Arbeitslosen, die Altersrentner, die Frauen können meist nur 20 Groschen geben. Zu 500 Proleten müssen wir gehen, ehe wir 200 Schilling zusammenkommen. Die Betriebsarbeiter erübrigen manchmal 50 Groschen oder 1 Schilling, höher geht's schon selten. Viele, die der komm. Opposition die Stimme geben werden, haben aber nicht einmal 20 Groschen. Denken wir nur an die Hunderte, die ausgesteuert sind, an die Stadtarmen und Alten im Versorgungshaus.

Bei den Sozialdemokraten schauen die Wahlfondsammlungen schon anders aus. Da lesen wir im „Arbeiterwillen“, daß Mutschik, Rühl, Stadtschulrat Speck und drei Stadträte als 1. Rate (!) allein schon 3000 Schilling Wahlfond gespendet haben. Die Landtagsabgeordnete der S. P. haben 1000 Schilling gezeichnet und von den Angestellten des Parteihauses, der Arbeiterkammer, des Konsums der Genossenschaften und der Arbeiterkrankenkasse sind weitere 2000 Schilling im Wahlfond ausweis Nr. 3 ausgewiesen. Aus den öffentlichen Funktionären und aus den Angestellten der Partei wurden, wie man sieht, auf einen Schlag 6000 Schilling herausgeholt. Viele tausende Schilling werden aus diesem gut besoldeten Funktionären- und Angestelltenapparat dem sozialdem. Wahlfond noch zugeföhrt.

Die Bürgerlichen voröffentlichen keinen Wahlfondausweis, damit die Öffentlichkeit nicht sieht, wer das Bestehen der Bürgerlichen finanziert. Da würde sonst zu lesen sein: Alpine Montan 10.000, Schilling, Bodenkreditbank 10.000 Schilling, Industriellenverband 10.000 Schilling und so fort. — Also schweigen die Christlichsozialen, die Großdeutschen, die Falkenkreuzler, von wo sie das Geld für die Wahlen bekommen.

Zweierlei Recht.

Bekanntlich fand am 24. Februar ein Helmwehraufmarsch in Wien statt, gegen den sich die Erbitterung der ganzen Arbeiterschaft richtete. Ein Riesenaufgebot von Polizei wurde eingesetzt, um die Faschisten durch Wien führen zu können. Für den 10. März hatten die Kommunisten eine Versammlung und einen Aufmarsch durch Meidling geplant. Dieser wurde wegen „Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ verboten.

Die Rettung der Hausherrn.

In einer Hausherrnversammlung, die Sonntag in Wien tagte, versprachen Christlichsoziale und großdeutsche Referenten den Versammelten alles zu machen, damit die Hausherrn wieder in dieselben Rechte, die sie vor dem Krieg hatten, eingesetzt werden. Die Hausherrn unzufrieden, diesen Zustand nicht jezt schon zu haben, riefen stürmisch: „Uns können nur die Helmwehren helfen!“

Die Kämpfe in Mexiko.

Die Anhänger des ermordeten Präsidenten Obregon haben in mehreren Provinzen Mexikos (Sonora, Veracruz, Coahuila) die Macht an sich gerissen und bedrohen Mexiko mit einem neuen Bürgerkrieg. Die Obregonisten sind keineswegs identisch mit dem rehellischen Klerus. Wurde doch gerade ihr Führer von den Klerikalen ermordet. Aber die Obregonisten stellen den konservativsten Flügel der herrschenden, nationalrevolutionären Bewegung dar, ihnen sind insbesondere die sozialpolitischen Reformen und die Macht der Gewerkschaften ein Dorn im Auge. Am linken Flügel der Bewegung steht Calles und Monriva, der die Arbeiterschaft als reformistischer Gewerkschaftsführer repräsentiert. Die gegenwärtig herrschende Gruppe Gil nimmt eine vermittelnde Stellung zwischen den Obregonisten und den Linken ein. Der Aufstand der Obregonisten bedroht jedenfalls die gesamte nationalrevolutionäre Bewegung Mexikos, denn er kann die ganze reaktionäre Meute des Klerus und der imperialistischen Söldlinge in Bewegung setzen.

Die drei verschiedenen Arten der Wahlfondsammlungen sind sehr lehrreich. Sie liefern den Beweis für die Kleinbürgerlichkeit der sozialdemokratischen Partei und für die Verbundenheit der Christlichsozialen, der Deutschnationalen und Palenkreuzler mit dem Unternehmertum und Bankkapital.

Unsere Genossen und Genossinnen werden dabei eindringlich ermahnt, alle Arbeiter und Arbeiterinnen aufzufordern, den Wahlfond der Kommunistischen Opposition zu unterstützen.

Denn wir müssen, wenn jeder Arbeiter und jede Arbeiterin nur 20 Groschen für den Wahlfond der Kommunistischen Opposition gibt, zu 15 000 Proletarern gehen, um 3000 Schilling aufzubringen. Und ist es also um bei der größten Anstrengung möglich, die Gelder für die Abhaltung einer Versammlung, für Flugblätter und Stimmzettel aufzubringen. Daran sollen alle Arbeiter und Arbeiterinnen, die wollen, daß Vertreter der Kommunistischen Opposition in die Gemeinde kommen, denken und danach handeln.

5 Millionen Arbeitslose in Deutschland.

Am 1. März wurden in Deutschland 5 Millionen Arbeitslose gezählt. Die Familienangehörigen dazu gerechnet, hungern 15 Millionen Menschen.

Die Gewerkschaften und der Betriebsfaschismus.

Die fortschreitende Nationalisierung und das ununterbrochene Ansteigen der Arbeitslosigkeit sind politisch begleitet von einem ebenso raschen Wachsen des Faschismus in Österreich. Der innere Zusammenhang zwischen diesen drei Erscheinungen liegt klar vor uns: Die österreichischen Unternehmer und ihre Regierung wissen, daß demokratische, parlamentarische Mittel nicht mehr ausreichen, um die steigende Wirkung der arbeitenden und arbeitslosen Massen mit Überredungs- und Einschüchtern niederzuhalten. Die Bourgeoisie und ihre Regierung weiß, daß zur Erfüllung ihrer Wünsche nach reißender Befestigung des 8 Stundentages, der sozialpolitischen Gesetze, des Mieterschutzes und schließlich der Verfassung der Einfluss der Sozialdemokratie auf die Massen nicht genügt. Wohl kapituliert die SP auf der ganzen Linie. Aber diese Kapitulation ist nicht reißend, sie erfolgt als ein widerspruchsvoller, schleppender Prozeß, da nur auf diese Weise die Massen von der SP bei der Stange gehalten werden können.

Die Auffassung, daß die Sozialdemokratie die Politik der Bourgeoisie reißlos durchzuführen könnte, daß sich die Bourgeoisie, wenn die SP weicher kapituliert — sie wird es zweifellos tun! — den Faschismus erparen könnte, ist töricht und lächerlich. Würde die SP das tun, so würde sie in allerhöchster Zeit ihren gesamten Einfluss auf die Massen verlieren, sie würde aufhören, die Partei der „43 700 000 Wähler“ zu sein. Die Angst davor, bestimmt sowohl die Form, wie den Grad des Rückganges der Sozialdemokratie, anzusehen, der im Zusammenhang mit der Generaloffensive des Kapitalismus, diese „Gummierung“ der Sozialdemokratie vor einer raschen, reißenden Preisgabe der letzten Positionen der Arbeiterklasse empfindet die Bourgeoisie als unentbehrlich, denn sie vermag die verhängende Krise der Stabilisierung nur durch rasche und großzügigste Ausbuchtungsmaßnahmen zu überwinden. Daher sieht die Bourgeoisie in der Sozialdemokratie einen Hemmschuh, einen Bremswiderstand, darum fördert sie fieberhaft den Faschismus, um sowohl das Rückgangstempo der Sozialdemokratie zu beschleunigen, als auch um selbstständig die Massen niederzuwerfen, wenn sie den Rückgang der SP nicht mitmachen. Worin liegt gegenwärtig die besondere Gefahr des Faschismus? Schickt er sich an, seine Kadaver „Marisch nach Wien“ zu sammeln, besteht jetzt

die Gefahr, daß die faschistischen Banden aus allen Ecken Österreichs auf Wien marschieren, die Regierung als „schlappig“ zum Teufel jagen und die „nationale Diktatur“ mit Steidle-Mussolini auszurichten versuchen?

Diese Gefahr besteht an und für sich, aber sie ist nicht die unmittelbare Gefahr. Zu diesem Mittel wird die Bourgeoisie erst greifen, wenn sie am Ende ihres Latens angelangt ist. Und das ist sie gegenwärtig noch lange nicht.

Wenn es nach dem Willen der Bourgeoisie geht, dann wird der Faschismus keine selbständige Rolle spielen, sondern sie wird sich seiner nur bedienen, um die Bourgeoisie-Republik in der reaktionärsten, um die Unternehmerratur in der brutalsten, um die kirchliche Herrschaft in der mittelalterlichsten Form auszubauen. Das Ideal der Bourgeoisie ist nicht die Steidle Diktatur, ist nicht die Ausfütterung von 50.000 Abenteurern, Korruptionisten und Schwarzgehern, sondern ist der Ordnungszustand mit Geißel und Schwert und seinen zwei Hausknechten: Steidle, wenn die Massen rebellisch sind, Kemner, um die Massen nicht erst rebellisch werden zu lassen. Angehts dieser Rolle des Faschismus ist es klar, daß der Kampf gegen ihn nichts anderes sein kann, als der Kampf gegen den Kapitalismus und seinen Staat.

Um in den Betrieben die letzten Rechte der Arbeiter zu beseitigen, haben die Unternehmer den Betriebsfaschismus organisiert: Betriebszettel und gelbe Organisationen. Aber niemals wäre es den Unternehmern gelungen, den Betriebsfaschismus aufzukücheln, wenn nicht das vollständige Verlagen der Gewerkschaften, große Teile der Arbeiterschaft, vor allem in Oberösterreich, in die Indifferenz gefallen hätte. Das Hungerdasein verzweifelter Massen, die den Glauben an ihrer Klasse, an den Sozialistinnen, in Folge der freien und schmählischen Sozialpolitik der SP, insbesondere infolge der reformistischen Lohnpolitik der Gewerkschaftsführer verloren haben, Verzweiflung, Indifferenz und Passivität der Massen, das ist der Nährboden des Faschismus. Wer den Faschismus nicht will, der muß mit aller Schärfe den Reformismus bekämpfen, der die rückständigen Arbeiter reiß macht für den Faschismus. Zweifellos ist der Kampf gegen die Provokationen der Heimwehr, ist die Organisierung einer Abwehrfront von entscheidender Bedeutung. Aber die Wurzel des Faschismus vermag dieser Kampf nicht zu vernichten, denn gerade im Betriebsfaschismus hat der Faschismus eine Gestalt angenommen, die zur fürchterlichsten Gefahr für die Arbeiterklasse werden kann. Fortsetzung folgt.

Arbeitslose des Voitsberger Reviers, was sagt Ihr zu folgender Hinterfragigkeit?

Euch allen ist bekannt, daß die oppositionellen Kommunisten am 2. Februar in Adlauer Gasthaus eine Arbeitslosenversammlung abhielten, von wo auf Vorschlag des Gemeinderates Kaiser und des Gen. Brettenhaler eine Deputation zur Bezirkshauptmannschaft entsandt wurde, um von der Landesregierung sowie von den Gemeinden eine sofortige Brennstoffaushilfe für alle Arbeitslosen zu fordern.

In dieser Versammlung wurde ein überparteiliches Komitee gewählt, mit Gen. Womisch als Obmann, dem die Aufgabe zugewiesen wurde, die Arbeitslosen zu führen und zu vertreten. Wie in Graz, so zog man es auch im Voitsberger Revier vor, ehe es zu offenen Empörungsausbrüchen der Arbeitslosen kommt, Rohle an die Arbeitslosen auszugeben.

Die Bezirkshauptmannschaft forderte von Gen. Womisch eine Liste aller Arbeitslosen zu überreichen, die Rohle wollen. Darauf wurde öffentlich für alle Arbeitslosen sichtbar, bei der Finanz in Plakaten aufmerksam gemacht, daß die Namen und Adressen beim überparteilichen Arbeitslosenkomitee abzugeben sind, um die Rohle zu bekommen.

Jetzt wollten die Sozialdemokraten die Organisierung der Kohleausgabe in die Hand nehmen, um bei den Arbeitslosen den Aufbruch zu erwecken, daß sie sich für die Brennstoffaushilfe eingesetzt haben.

Um das zu erreichen, reiteten sie den Arbeitslosen ein, zur Namen- und Adressenausgabe nicht

zum überparteilichen Arbeitslosenkomitee zu gehen, und an die Bezirkshauptmannschaft schrieb Bürgermeister Deutschler:

„Die Aktion des sogenannten überparteilichen, in Wirklichkeit jedoch kommunistischen Arbeitslosenkomitees kann hieramts grundsätzlich nicht anerkannt werden, da es in seine Verzeichnisse fast ausschließlich kommunistische Arbeiter aufgenommen hat.“

Darin liegt die Hinterfragigkeit.

Man hat die Arbeitslosen versucht, abzuschalten, ihre Namen und Adressen bei uns abzugeben, um dann unter dem Vorwand, wir hätten parteilich gehandelt, die Organisierung der Kohleausgabe in die Hand zu bekommen. Die Arbeitslosen können sagen, daß jeder, der seinen Namen und seine Adresse abgegeben hat — es waren circa 400 — die Rohle bekommen hat.

Die Arbeitslosen im Kampf gegen die Bürgerlichen für ein großes Stück Brot zu führen, das können die sozialdem. Führer als Kleinbürger nicht mehr. Hinterfragig sein, das können sie. Die Arbeiter müssen daraus ihre Konsequenz ziehen und sich unseren Reihen zum Kampfe gegen das Bürgertum, zum Kampf um ein größeres Stück Brot und zum Kampf gegen den Faschismus anschließen.

SAMMEL ZEICHNET **Wahlfond** RECHNET RASCH AB

Täglich Selbstmorde wegen Arbeitslosigkeit.

In der Steinfeldgasse 75 in Graz schnitt sich die 20 jährige Hausgehilfin Stephanie Franz die Schlagader an der linken Hand an, da ihr Lebensgefährte bei der Bahn abgeplant wurde.

Arbeitslose von Graz.

Eine Deputation, bestehend aus den Genossen Wagner, Pfnersl, Metz, Buchhofer, Lorenzo, Grazer und den Genossinnen Amalie Trummer, Anna

Trummer, Schmeiger und Kreinz, waren beim Bürgermeister und überreichten im Namen der Arbeitslosen, die im „Wahrner“ Nr. 10 besprochenen Forderungen.

Aus Mangel können wir über das Resultat der Aussprache nicht berichten und verweisen daher alle Arbeitslosen, ganz besonders die Frauen, auf die Arbeitslosenversammlung, die im nächsten „Wahrner“ angekündigt sein wird. Dort wird die Deputation Bericht erstatten.

Arbeitslosigkeit treibt zum Selbstmord.

Täglich gehen in Wien einige Arbeitslose aus Verzweiflung in den Tod. Am Mittwoch wurde im letzten Moment eine Mutter mit 3 Kinder, deren Mann schon das 5. Jahr arbeitslos ist, von einer Gasvergiftung gerettet.

Am der Thermidor in Rußland bereits vollendet?

In der Nummer 7 des „Mahnrufes“ schrieben wir anlässlich der neuen Verfolgungen der Arbeiter-Kommunisten in Rußland, insbesondere der Ausweisung Trozky's:

„Noch ist nicht reiflos klar, was sich jetzt in Rußland abspielt. Die Linie wohl, nicht aber das Tempo. . . . Mit rasender Wucht saust die Faust des Bürokratismus auf die Arbeiterklasse nieder. Der „Meister“ (Stalin) reitet das sahle Roß des Thermidors.“

Bedeutet die Ausweisung Trozky's, die neue Terrorwelle, bereits das Ende des proletarischen Charakters des Staates, der revolutionären Rolle der Partei, ist damit die Revolution bereits in die Kontrevolution umgeschlagen, d. h. ist der Thermidor bereits eingetreten?

In ihrer theokratischen Wochenschrift „Die Fahne des Kommunismus“ Nr. 5, stellen unsere deutschen Genossen („Deninbund“) fest: „Es darf aber keinem Zweifel unterliegen, daß der Beschluß, der die russische Opposition rechtlos macht, der Trozky außer Landes setzt — welche ‚taktische‘ Hintergründe dem auch zugrunde liegen mögen — dem Beschluß des 9. Thermidor gleichgestellt werden muß, (hervorgehoben von uns, Anm. der Red.), der den Kopf Robespierres unter dem Fallbeil fallen ließ. Die Entfernung Trozky's aus Rußland ist zwar eine kultivierte Form, aber in der Wirkung das gleiche, wie jene Tat der stamjöfischen Revolution.“ Also, der Thermidor ist bereits eingetreten? Unsere deutschen Genossen sprechen es in ihrer Resolution, die sie im „Volkswille“ Nr. 24 veröffentlichten, offen mit den Worten aus: „Stalin entschied sich jetzt offen gegen die Interessen des russischen Proletariats, indem er seine revolutionären Führer unter Ausnahmezustand setzte. Das ist der Thermidor.“ (Hervorgehoben im Original.)

Wir können dieser Bewertung der letzten Ereignisse in Rußland nicht zustimmen. Wir halten es für falsch, die letzten Ereignisse als die Vollendung des Thermidors, als den Abschluß des Ringens zwischen den thermidorianischen (Stalin) und den revolutionären Kräften zu bewerten. Davon auszugehen, daß der Thermidor bereits vollendet ist, heißt der Entwicklung voraussehen, heißt eine Entwicklung abgeschlossen sehen, die sich erst in widersprüchsvollen Prozessen zu vollziehen droht, aber nicht vollziehen muß.

Die Auffassung, daß der Thermidor bereits hinter uns liegt, steht in schroffem Widerspruch zu den Auffassungen der Volkswilligen-Leninisten (Trozky-Gruppe) und bildet die Grundlage der Taktik und Strategie der ultralinken Sapronow-Smernow-Gruppe in Rußland, deren Tätigkeit stets eine Gefahr für den Kampf der Opposition bildete.

Aber diese Gruppe schreibt Genosse Trozky: „Wie wir berichtet wird, haben Gure Charlowitschen Befreiungsgenossen sich an die Arbeiter mit einem Ausruf gewandt, der auf dem falschen Gedanken, daß die Oktoberrevolution und die Diktatur des Proletariats liquidiert sind, aufgebaut ist. Dieser Ausruf, dem Wesen nach falsch, hat der Opposition den größten Schaden zugefügt. Ein solches Aufreten ist entwürdigend und unerwünscht zu verurteilen. Das sind — abenteuerliche Fälschungen, aber keine marxistische Revolution.“

Wer heute, ohne daß die Würfel im russischen Klassenkampf gefallen sind, bereits vom vollendeten Thermidor spricht, sinkt in den abenteuerlichen Sumpf des Ultralinktums Sapronows. Und gerade jetzt, wo das Stalinsche Regime die anwachsende, innerparteiliche Revolution, durch organisierte, provokatorische Putschs, für die es oppositionelle Arbeiter in Rußland durch „agents provocateurs“ anzuwenden versucht, erdroffeln will, ist dieser ultralinke, abenteuerliche Standpunkt der Sapronowitschen schärfer

Achtung, Wählerlisten liegen auf!

Rechnet sofort Einsicht in das Wählerverzeichnis, wer nicht eingetragen ist, hat kein Stimmrecht.

Die Wählerverzeichnisse

für alle Wahlsprenkel der Stadt Graz werden in der Zeit vom 13. bis einschließlich 26. März an Werktagen von 8 bis 13 Uhr und von 15 bis 20 Uhr, an Sonn- und Feiertagen von 8 bis 14 Uhr im städtischen Amtshaus, Schmiedgasse 26, 2. Stock, Hauptstiege, zur allgemeinen Einsicht öffentlich aufgelegt. Gegen das Verzeichnis kann jeder Bundesbürger wegen Aufnahme vermeintlich Nichtberechtigter oder wegen Nichtaufnahme vermeintlich Berechtigter in der oben angeführten Aufstellung innerhalb der bezeichneten Zeit mündlich oder schriftlich Einspruch erheben. Der Einspruch ist für jede Person absonderlich zu überreichen. Die erforderlichen Nachweise (Staatsbürgerschaftsnachweis, Primatschein, Trauungsschein, Taufschein und Polizeimeldungsnachweis usw.) sind anzuschließen.

denn je zuvor abzulehnen, weil jetzt dieser Standpunkt objektiv dem Stalin-Regime in die Hände arbeitet. Stalin braucht Ausflände, die sapronowistische Ideologie bereitet gute Revolutionäre dazu vor. Aber das russische Proletariat braucht gegenwärtig keine Ausflände, sondern die Entfesselung der innerparteilichen, der innerarbeitschaftlichen, in den Betrieben verankerten Massenbewegung gegen das Stalinsche Liquidatorcentum.

Neun Jahre keinen Lohn bekommen.

In der Stadt ist das wohl kaum möglich, aber am Land, und zwar beim Pstizer Simperl in Jels bei Lebring, die Gegend kennt ihn als einen ziemlich wohlhabenden Bauern, der 60 Joch sein Eigen nennt. Im März 1919 nahm er eine Dienstmagd auf, versprach ihr außer der Verköstigung die Bekleidung und die Anlegung eines Sparlaffensbüchels, in das er sich verpfändete, dem heutigen Geldwert entsprechend monatlich 10 Schilling einzuzahlen. Die Magd mußte dafür alle Arbeiten, selbst die schwersten, die bei den Nachbarbauern von Knechten verrichtet werden, auf sich nehmen. Die Behandlung war roh, das Essen schlecht. Was der Bauer übrig gelassen hatte, bekam die Magd, sonst gab's saure Suppen und Brot. Wenns Sparlaffensbüchel nicht gewesen wäre, in das der Bauer alle Monat 10 Schilling einlegte, wäre sie auf und davon. Da fragten einmal die Nachbarkauern: „Drentl, host's Sparlaffensbüchel leicht an ol' g'leg'n?" Und sie gaben ihr den Rat, das Sparlaffensbüchel einmal zu verlangen. Jetzt kam die Lumperei ans Laarslicht. Der Bauer hatte die Magd Jahre hin- und hergelogen. Er hatte überhaupt niemals ein Sparlaffensbüchel für sie angelegt. Als die Magd fragte, ob Krankenkasse eingezahlt wurde, gab der Bauer zur Antwort: „Glaubst, ich geh' leicht für di a Geld ausgeben?" So handelt ein Bauer, der zu den fleißigen Kirchengängern in Jels gehört.

Wofür tritt die Heimwehr ein?

Ober: Warum ist Elmischer zu den Fahnenwänglern gegangen?

Der Massenbeitritt der Unternehmer zur Heimwehr beantwortet diese Frage. Jeder tritt dort bei, wo er weiß, daß für die Verwirklichung seiner Wünsche gekämpft wird. Und die Wünsche der Unternehmer sind? — Abbau des Arbeiterurlaubes,

Verbreitet den „Mahnruf“!

Abbau der Kollektivverträge, Abbau der „sozialen Lasten“, Abbau des Achtstundentages usw. Und so ist auch der Nagelschmiedmeister Elmischer aus der Leuzenhofgasse in Graz der Heimwehr beigetreten. Das ist nämlich auch so Einer, der keine Überstunden zahlen und keine Kollektivverträge einhalten will. Sogar den Lohn bleibt er manchmal den Gehilfen schuldig, wenn der Fahn beim Schwänzen zu viel Moneten verbraucht hat. Es riert ihm, daß es noch Gesetze gibt, durch die Gehilfen beim Gewerbegericht ihr Recht fordern können. Sein einziger Hoffnungsflecken ist die Heimwehr. Ein Gehilfe hat sich erlaubt, ihm in Bezug auf diesen Hoffnungsflecken zu sagen: „Paßt nur auf, daß wir euch nicht abertrennen!“ Er hat ihn deshalb entlassen. Denn alles kann Elmischer ertragen, nur die Hoffnung darf man ihm nicht trüben, daß die Heimwehr noch Herr über die Arbeiter wird.

Kapellmeister Jarosch. N.-J.-N. Nr. 9.

Beim Pionierkränzchen ereignete sich ein sehr bemerkenswerter Zwischenfall. Der Kapellmeister des N.-J.-N. Nr. 9 riß einen jungen Wehrmann der Kapelle, vor aller Augen, an den Haaren. Das veranlaßte einen Genossen über die Person dieses Kapellmeisters nähere Erkundigungen einzuholen. Was man dabei erfuhr, zeigt, daß die Wehrmänner immer ärger den Schikanen der Offiziere ausgesetzt werden. Dieser Kapellmeister ist z. B. mit den Wehrmännern nur freundlich, wenn er besessen ist. Im nächsteren Zustand drangsalariert er sie. Selbstverfälscht ist er, sowie alle Offiziere, ein Agitator für den schwarzen Wehrbund. Die denkenden und aufrechten Wehrmänner verlassen den Wehrbund. Dieser Kapellmeister zwingt sie mit Transfrierungsdrohungen trotzdem dazu. Den Rang eines Kapellmeisters führt er zu unrecht. Der Mann, der die Kapelle wirklich unterrichtet, der ihr etwas lernt, der mit ihr probt, ist nämlich gar nicht der Kapellmeister Jarosch. Der stellt sich nur in der Öffentlichkeit vor die Kapelle und stecht bei einem Abend, wie es jetzt bei den Bällen war, seine 30 bis 40 Schilling ein, während ein Musiker der Kapelle für dieselbe Zeit nur S 2.60 bekommt. Eine ungeheure Protektionswirtschaft herrscht. Leute, die nichts Idaner, kommen in die Kapelle. Unter diesen zählt sich Jarosch wohl, die etwas können sind ihm un bequem, das erinnert an den früheren Kapellmeister Zanetti, unter dem es ähnlich zuging. A. G.

Ein anderer Mieterfreund.

Der Hausbesitzer Schrott, Ubergasse 37, darf in der Galerie der „Mieterfreunde“ nicht fehlen. In halb beflissen Zustand bringt er in die Wohnungen ein, um die Parteien zu belästigen. Besonders abgesehen hat er es auf die alleinstehende Frau Neumann mit ihren drei Kindern. Er kam am 21. Februar vorigen Monats zu ihr und bedrohte sie tödlich. Nur dem Umstande, daß die Kinder furchtbar zu schreien anfangen, ist es zu danken, daß er die Frau nicht schämen konnte. Genannte Partei getraut sich auch nicht mehr den Schrott persönlich bei Schrott zu hinterlegen, da dieser vor Gewalttätigkeiten nicht zurückbleibt. — Leider finden sich in diesem Hause auch Miitparteien, darunter ein Sozialdemokrat, welche den Zinsgeier in seinem Treiben unterstützen. Der Haß richtet sich deshalb besonders gegen die Mieterin Neumann, weil dieselbe sich wegen einer ungerechtfertigten Zinserhöhung zur Wehr setzte. Wie würde Schrott erst wüten, wenn der Mieterhaß aufgehoben wäre. Dies zu verhindern, ist Aufgabe aller proletarischer Mieter. Die kommunistische Opposition wird diesen Kampf mit allen zweckdienlichen Mitteln unterstützen. Die S.P. Partei bereitet eine Kaputtation vor. Sie will zu Zinserhöhungen ihre Zustimmung geben. Damit wird den Hauszinsgeiern Vorjubel geleistet, da die nicht mehr zahlungsfähigen Mieter auf die Straße geworfen werden können.

Giltler für den Papst.

Giltler freut sich über das Hand in Hand greifen von Faschismus und Katholizismus. Er schreibt im „Völkischen Beobachter“:

„Nur, was Italien heute stärkt, kommt uns zu Gute. Darum begrüßen wir die jegliche Regelung in Italien auf das bestmögliche. Denn die Beseitigung des inner-italienischen Konflikts zwischen der Regierung und dem Vatikan bedeutet einen Kraftaufschuß für das italienische Volk.“

Er erhofft sich also vom Zusammengehen dieser arbeiterfeindlichen Mächte eine Stärkung der Reaktion auch in Deutschland. Darin dürfte er nicht unrecht haben.

Der „unpolitische“ und „antiparlamentarische“ Eisner.

„Es ist vollbracht.“ kann Eisner, der anarchistische Wirtkopf, nun ausrufen, denn er führte die Gemeindegewerkschaft nicht von den Reformisten weg nach links, sondern ins reaktionäre Lager. Der „unpolitische“ Schwadronier hat sich mit dem sogenannten „Wirtschaftsständebund“ verheiratet und mit ihm einen Wahlpakt geschlossen. Der Wirtschaftsständebund trägt die Maske der „politischen Neutralität“, ist aber in Wirklichkeit nichts anderes als ein Sammelsurium verkappter Reaktionäre. Und das soll die Vertretung der Gemeindegewerkschaft werden. Wir sind überzeugt, daß nun der letzte Rest seiner Anhänger zum Teufel geht, denn für die Reaktion lassen sich die Gemeindegewerkschaftler von einem Eisner nicht lödern. Bei sachlicher Betrachtung der ganzen bisherigen Ereignisse im Gemeindegewerkschaftsverband werden die Arbeiter weder die kleindürgerlichen Sozialdemokraten, noch die verkappten Reaktionäre des „Wirtschaftsständebundes“ als die Vertreter ihrer Interessen betrachten, sondern die Genossen der kommunistischen Opposition wählen, zu der man am meisten Vertrauen hat.

Ein Gemeindegewerkschaftler.

Unglückliche Liebe.

Bei Östling hat sich der arbeitslose Schneidergehilfe Herbert Jöbbl vor einem vorüberfahrenden Zug geworfen und wurde mit vollständig zermalten Kopf aufgefunden. Das „Tagblatt“ gibt unglückliche Liebe als Grund an. Merkwürdig, daß alle Arbeitslosen, die zum Selbstmord greifen, immer aus unglücklicher Liebe her sein. Die bürgerlichen Zeitungen wollen damit vertuschen, daß die kapitalistische Gesellschaftsordnung, in deren Sold sie stehen, die Menschen zum Selbstmord treibt.

Eine Antisowjetfälscherzentrale in Berlin entdeckt.

Durch einen amerikanischen Journalisten wurde in Berlin eine Fälscherzentrale, die für die Sowjetregierung belastendes Material fabrizierte und um Millionen weiter verkaufte, entdeckt. Ein Staatsrat Oslo und ein ehemaliger russischer Untersuchungsrichter wurden verhaftet.

Freigewerkschaftlicher Erfolg in einem Baugewerbebetrieb.

Bei den Betriebsratswahlen im Heeresbetrieb Klosterneuburg erhielt die freie Gewerkschaft 42 von 70 Stimmen, die schwarzen bekamen 36 Stimmen.

Ein proletarischer Abgeordneter in Japan ermordet.

In Tokio wurde der proletarische Parlamentsabgeordnete Yamamoto von einem Reaktionär erschossen.

Aus der Internationale.

Rußland.

Wie das Organ der deutschen Rechte („Gegen den Strom“) mitteilt, verwickelt sich der Kampf zwischen der Stalin-Gruppe und der Gruppe Rykow-Bucharin-Tomski. In der Leitung der Komintern soll Bucharin durch Rosolow, als Chefredakteur der „Pravda“ durch Sinowjew (!) ersetzt werden. Gegen Bucharin soll ein Ausschlußverfahren im Gange sein.

Humoristisches.

Klein Paulchen und der liebe Gott.

Der kleine Paul ist gewohnt, immer nach Tisch ein kleines Dankgebet zu sprechen. Eines Tages wird er mittags mit ins Restaurant genommen. Nach dem Essen sitzt er ruhig da, ohne seine Hände zu falten. „Na, Bubi, willst du heute nicht dem lieben Gott für die Mahlzeit danken?“, fragt der Vater. — „Ne, Papa, heute bezahlen wir ja!“

Wenn Seipel die Vertreter der Bundesangestellten abkämpft, so ist dies doch ganz in Ordnung, ist er doch der Bundeskanzler.

Wenn Seipel den Hausherren zuliebe den Mieterschutz abbauen will, ist dies nur zu begreiflich, denn der Herr hat ihn doch dazu auserwählt, sein Haus zu besitteln.

Sinngemäß muß er deshalb den Hausherren helfen, ihr Haus zu bestellen, da ja die Mieter keine Häuser haben.

Dies tut ihm sehr leid, aber Gott hat es eben so eingerichtet.

Ans der „Reuchtraute“.

Kirchen-Austrittserklärungen

sind in der Verwaltung des „Lobau“, Elisabethengasse 20, zu haben. Auch Aufendungen in die Provinz.

Verchiedenes

Im Sofioter Militärarsenal ist ein Brand ausgebrochen, dem 28 Arbeiter und Arbeiterinnen zum Opfer fielen. Die Fenster, durch die sie flüchten hätten können, waren vergittert.

Ein 65-jähriger untertaubloser Hilfsarbeiter namens Wallner wurde bei Wien erstochen aufgefunden.

In die Helmschulanzlei in der Radekystraße 20 wurde eingebrochen. 30 Schilling sind dabei abhanden gekommen.

Die Pfaffen verlangen eine Erhöhung der Kongrua. Seipel wird ihre Wünsche sicherlich befriedigen.

Der gute Ruf des österreichischen Polizeikappels. Die chinesische Provinzialregierung von Tscheliang hat an die Regierung das Gesuchen gestellt, zwei österr. Gendarmereioffiziere zur Ausbildung der chinesischen Gendarmerie nach China zu entsenden.

2 kommunistische Doktorarbeiten, die in Bordeaux die Entlassung von Richterorganisierten fordernten, wurden wegen Arbeitsbehinderung verhaftet. Darauf begaben sich 1500 Doktorarbeiten vor das Gefängnis. Polizei trieb sie auseinander. Die Doktorarbeiten sind darauf in den Streik getreten.

Spendet für den Wahlfond!

3 Monate Kerker erhielt Helmwehrschaftl Wehner, der am 13. Jänner in Telfs (Tirol) auf den Eisenbahner Wieser schoß und diesen lebensgefährlich verwundete. Der Täter hatte sich nach der Tat schon geduldet „ich bin bei der Heimwehr, mir geschieht nichts.“

3 Jahre Kerker. Am 1. März 1929 wurde in Graz ein gewisser Sommer, der aus Eifersucht auf den Besitzer Grabner aus Trauhofen zwei Schäfte abgab, die diesen jedoch nicht trafen, zu 2 Jahren Kerker verurteilt.

Juganten der Hausherren hat die französische Kammer angestimmt, daß die Vorkriegsrente um 150 Proz. nt erhöht werden können.

Wie sie Trotky „begrüßen“!

Gelegentlich seiner Führertagung sagte der Stahlhelm, Landesverband Groß-Berlin, eine Entschliebung, in der es heißt: „Der Stahlhelm, Landesverband Groß-Berlin, weiß sich eins mit der gesamten nationalen Einwohnerschaft der Reichshauptstadt, wenn er sich aufs schärfste dagegen verwahrt, daß irgendeine Regierung in Deutschland unter dem Drucke linksradikaler Kreise sich bereitzünden sollte, dem Einreisegeld Trotky zu entsprechen und ihm ein Asyl in Deutschland zu gewähren.“

Wahlfond-Ausweis Nr. 1.

Bisher wurden gesammelt durch die Genossen: Roubal S 850, Absenger 14.50, Wagner Jr. 24.50, Koch 16.—, Pnneiß 8.—, Wagner 10.—, Arch 2.80, Pfiffaritsch 3.—, Singer Joh. 4.50, Holz 5.40, Friebl 2.10, Mottl 1.—, Schnepf 2.—, Pendl 2.20, Pösch —.60, Staltler 1.40, Rahova 3.—, Frauwallner 1.—, Pahrer Georg 24.—, Jeller —.40.

Folgende Genossen und Genossinnen, die noch nichts abgerechnet haben, werden ersucht rasch zu sammeln und abzuliefern: Amstogler, Frach, Leut, Schweiger, Wunderl, Sch. Trummer, Lanzer, Kastner, Goriupp, Kleinschuster, Fürpaß, Regar, Plon, Bauer, Stoder, Moser, Damm, Firm, Koch J., Pintsch, Manner, Schnepf, Storzianek, Timischl und Jber.

Genossen und Genossinnen, die noch keine Sammelblock haben, sollen sich dieselben baldigst im Parteilokal holen, um ebenfalls durch rascheste Sammlungen beizutragen, daß die Komm. Opposition in den Besitz der Mittel kommt, die notwendig sind.

Parteinachrichten

Graz.

Vertrauensmänner. Dienstag den 12. um halb 8 Uhr abends vollständig zur Begrüßung kommen.

An die Mitglieder! Viele haben noch den Beitrag für Februar bei den Vertrauensmännern abzugeben, manche sogar noch für Jänner. Liebet die Beiträge rasch ab, entweder bei den Vertrauensmännern oder im Parteilokal.

Wien.

An alle Mitglieder der kommunistischen Opposition in Wien!

Alle Genossen beteiligen sich an der Antifaschisten-Ausdeutung der A. P. C. am 10. März beim Beigl.

Die Exekutive.

Arbeiter-Bildungsverein „Marx-Lenin“.

Mittwoch, den 13. d., um halb 8 Uhr abends, 9. Weg., Bajarettgasse 12, Volkshaus Nimmritzer: Diskussionsabend! Gäste willkommen!

2 Reichsholzbetten samt Einlag und Matragen billigt zu vergeben. Zu erfragen bei der Redaktion.

Achtung am Wahltage vor falschen kommunistischen Stimmzetteln! Der richtige Stimmzettel trägt die Bezeichnung: **Kommunistische Opposition (Linke Kommunisten)**